

Streetkids fordern bedingungslose Unterstützung!

Dieter Wolfer, Dresden



Das 3. Treffen: Bundeskonferenz der Straßenkinder Jamlitz 9.-11.6.2017

Derzeit leben 37.000 Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahre in Deutschland ohne festen Wohnsitz. Wir nennen sie „Straßenkinder“. Punks, die an Ecken stehen und schnorren, wohnungslos sind oder bei Freunden schlafen, sind auch in Dresden jedem Neustädter bekannt und gehören auch in der Altstadt zur Straßenszene.

Es gibt gute Gründe warum junge Menschen aus Familien, Wohngruppen und Heimen ausreisen. Meist ist Vernachlässigung, Misshandlung

und Missbrauch in Deutschland der Grund. Vielen fehlt Liebe und Geborgenheit, Zuspruch und Förderung, ein Wohnzimmer, das bspw. der Kontaktladen für wohnungslose junge Menschen in der Neustadt und der Bus Jumbo bietet.

2008 hat sich in Dresden und im ASP Panama der Verein „Bündnis für Straßenkinder in Deutschland“ und mit dem Engagement und der Unterstützung der Treberhilfe Dresden gegründet. SozialarbeiterInnen wollten auf die Situation von ausge-

grenzten jungen Menschen aufmerksam machen. Seit 2013 treffen sich nun nicht mehr nur die SozialarbeiterInnen sondern das Bündnis für Straßenkinder initiierte die Bundeskonferenz der Straßenkinder und organisierte das erste Treffen in Berlin.

Dies bedeutet viel Arbeit, so dass die Federführung für die weiteren Treffen der Verein Karuna e.V. übernahm. Die Zielsetzung blieb: Die jungen Menschen sollten sich nicht nur in den Workshops beteiligen, son-

dem die Bundeskonferenz der Straßenkinder selbst vorbereiten. 2016 wurde somit eine Pause eingelegt. Die dritte Bundeskonferenz sollte nun ohne Presse und in Brandenburg durchgeführt werden. Denn: Sehr wichtig war den Teilnehmenden, dass sie in Ruhe arbeiten konnten.

Viel Enttäuschung ist vorhanden, weil es seit einigen Jahren viele Versprechen von PolitikerInnen gab, die Situation von „wohnungslosen jungen Menschen“ zu fördern. Aber auch in Dresden werden wohnungslose junge Menschen nicht eingeplant, denn sie kommen in keinen offiziellen Statistiken vor. Sie wohnen bei Freunden und gehen zum Teil

Auf der Bundeskonferenz werden Forderungen gestellt, aber vor allen Dingen Visionen und Wünsche formuliert. Sie wünschen sich in jedem Falle mehr Unterstützung von PolitikerInnen, die für die Belange von

„Unterprivilegierten“ auch ihrer Meinung nach zuständig sind.

Vorgeschlagen wird bspw. Das Modell des "Housing First" aus Dänemark. Es wird geschützter und ausreichender Wohnraum für Kinder und Jugendliche, die auf der Straße leben, angeboten. Gerade junge Menschen, die die Szene und das Straßenleben kennen, wollen Hilfe anbieten und Streetworker unterstützen oder sogar selbst die Möglichkeit zur Ausbildung zum Erzieher und Sozialarbeiter erhalten, weil sie wissen wie es besser gehen könnte. Firmen die Werbung an bieten müssten in Zukunft dazu verpflichtet werden, einen bestimmten Prozentsatz an Sozialunternehmen abzugeben. Denn: Firmen sind Vorbilder in der Gesellschaft und im Gemeinwesen. Kinderrechte müssen durchgesetzt werden. Die Einrichtung von ausreichend Schulsozialarbeit oder Ombudsstellen in der Jugendhilfe sind in Zukunft selbstverständlich.

Kinder und Jugendliche können sich somit in beschweren, wenn Hilfeleistungen versagt werden. Die Therapielänge sollten die jungen Menschen bestimmen und nicht die Kassen.

Auch das Kindergeld steht den Kindern und Jugendlichen zu. Viele Straßenjugendliche haben schlechte Erfahrungen mit Jugendhilfe gemacht. Denn: Hilfe-Ziele werden von Erwachsenen und so aus Eltern- oder Jugendamtssicht festgelegt. Sozialleistungen sind meist elternabhängig und können nur dann gewährt werden, wenn die Kinder und Jugendlichen, bei den Eltern wohnen. Kinder und Jugendliche brauchen langfristige Beziehungen und Begleitungen, die sie fördern.

Etwa 80 junge Menschen aus Streetworkprojekten oder Notschlafstellen aus ganz Deutschland kamen vom 9. - 11.6.2017 zur dritten Straßenkinderkonferenz ins brandenbur-



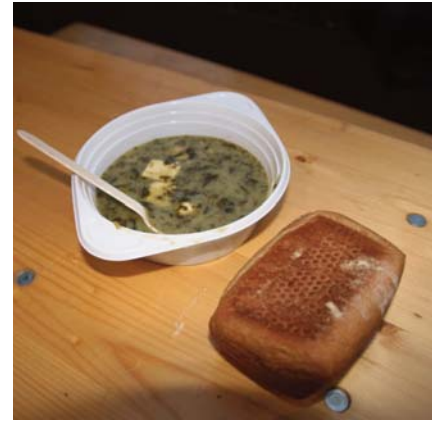
gische Jamlitz. Geschlafen wurde in Zelten. Das Bündnis für Straßenkinder in Deutschland e.V. motivierte zu den ersten Tagungen. Mittlerweile gibt es Delegierten in Hamburg und Berlin bei Basis und Wooge e.V. und Karuna e.V. Junge Menschen machen einen Bundesfreiwilligen Dienst. Dieser wird vom Senat in Hamburg gefördert. Sie organisieren und bereiten nun federführend die Konferenz vor, sind WorkshopleiterInnen und sorgen fürs Aufräumen. Sie nennen sich nun MoMo – The Voice of Disconnected Youth. Sie beziehen sich auf die Geschichte von Michael Ende und die Hauptdarstellerin, die den Erwachsenen die Zeit und so die Freude wieder bringt.

Auch die Treberhilfe Dresden e.V. begleitet sogenannte "entkoppelte Jugendliche" seit Jahren. Der Verein ist nun zum dritten Mal mit einer Delegation aus Dresden bei der Konferenz und hoffentlich mit der selben Begeisterung auch nächstes Jahr wieder. Vielleicht finden auch die DresdnerInnen oder junge Menschen in anderen Städten ihre Begeisterung und werden in Zukunft MoMo und mischen in Zukunft mit. Bundesweit gibt es zudem nun die mokli.help das ist eine App um sich in neuen Städten zurechtzufinden (the app for homeless kids), auch hier ist Karuna e.V. federführend. Hier werden Angebote, wie Streetwork-Kontakt-, Übernachtungs- und Beratungsstellen und vieles mehr aufgelistet. Einfach praktisch!

Damit dies weiterhin möglich ist unterstützen auch Sie unseren SozialBus Jumbo und den Kontaktladen für wohnungslose junge Menschen in der Dresdner Neustadt, der nach 20jährigem Engagement, nun nur noch sehr beschränkt vom Jugendamt Dresden gefördert werden soll.

Wir brauchen ihre Unterstützung.

www.buendnis-fuer-strassenkinder.de



Vorstand Bündnis für Straßenkinder

Bettelnde bzw. arbeitende Kinder

Ein aktueller Kommentar aus Österreich und Deutschland

In Europa haben wir Menschenrechte, diese gelten auch für Kinder. Das bedeutet, dass niemand auf Grund seines/ihres Alters, Geschlechts, Neigung oder Ethnie benachteiligt werden darf. Hinzu kommt nun der besondere Schutz, den gerade Kinder genießen soll(t)en und hierfür wurden die UN-Kinderrechte ratifiziert. Soziale Arbeit wurde entwickelt und bietet vor allem mit aufsuchenden Angeboten Hilfe, Beratung und Unterstützung an. Andererseits werden sog. Bettelverbote diskutiert, erlassen und somit weiter stigmatisiert und ausgegrenzt.

Kinder- und Menschenrechte sowie Kindeswohl und Kinderschutz werden unterschiedlich definiert, bewertet und ge- bzw. benutzt. Sie sensibilisieren und emotionalisieren. Zuschreibungen entstehen und Eltern arbeitender Kinder, werden als „schlechte“ Eltern kategorisiert und abgewertet.

Dabei ist es um die Chancengleichheit in Österreich und Deutschland und u.E. in Europa und weltweit nach wie vor und im Bezug zur Herkunft von kleinen und großen Menschen schlecht bestellt. Denn: Ethnien erhalten Zuschreibungen, ob Wirtschaftsflüchtlinge, Kirmeskindern oder fahrendes Volk. Ihnen werden – seit Jahrhunderten - Eigenschaften und Handlungen unterstellt.

Unumstritten werden Kinder aus reichen Elternhäusern sehr gut gefördert, Gymnasien sind gut ausgestattet, während Kindern aus armutsbelasteten Familien Zugänge zu Kultur, Erziehung und Bildung erschwert



Straßenmusik

oder gar verwehrt werden. Unterschieden wird zwischen einheimischen Armen und Fremden.

Arbeitende bzw. bettelnde Kinder erscheinen in Österreich und Deutschland als ein neues Phänomen. Demgegenüber entdecken wir bei Recherchen von alten Tageszeitungen wiederkehrende Nachrichten. Dennoch wird auch von der BAG Wohnungslosenhilfe für Deutschland eine zunehmende Zuwanderung aus Osteuropa eingeschätzt. (vgl. BAG Wohnungslosenhilfe (2015): Pressemitteilung. Zahl der Wohnungslosen in Deutschland auf neuem Höchststand.

www.bagw.de/media/doc/PRM_2015_10_5_Pressemappe.pdf

Gerade Kinder aus armen Elternhäusern müssen zum Überleben und zum Unterhalt der (Groß-)Familie beitragen. Es treten „bettelnde

Kinder“ erst im öffentlichen Raum, dann in der Presse und im politischen Bewusstsein auf. Die Frage wiederholt sich: Wer ist zuständig? Was machen die Jugendbehörden? Dabei arbeitet vor allem die städtische Straßensozialarbeit konstant mit dieser sog. Zielgruppe.

Meist haben wir es mit Romafamilien bzw. Familien aus Osteuropa und mit Migrationshintergrund und meist mit EU-Gesundheitskarte zu tun. Schnell und voreilig wird von „Bettelbanden“ und „Bettelmafia“ gesprochen und auch in Presseberichten herzlose Eltern stigmatisiert, beschrieben und beobachtet bzw. ein Verbot diskutiert.

Als Herr Georgiev am 3.4. die Zeitung „Österreich“ öffnete, traute er seinen Augen nicht: Der Bulgare wird als Mitglied einer „rumänischen Bettlerbande“ dargestellt: „Niemand

hat mit mir gesprochen. Man hat mich heimlich von hinten fotografiert“. (Bettelobby: Zeitung Österreich konstruiert Bettelbande – 06.04.17 - <https://www.bettelobby.at/>)

Das Thema wird von der öffentlichen Verwaltung (Jugendhilfebehörden/Jugendamt) nicht gerne aufgegriffen, weil es eine ganze Reihe an weiteren Problemen bzw. Herausforderungen offen legt, wie gesonderte Förderung und somit einen höheren Haushalt für Jugendhilfe und Sozialarbeit, also intensive finanzielle Unterstützung, flexiblere Hilfen zur Erziehung auch über Stadtgrenzen hinaus, aber vor allem individuelle und subjektorientierte auf Einzelne, Familien und Gruppen abgestimmte Hilfs- bzw. besser Förderkonzepte und am Besten in Abstimmung mit den örtlichen Sinti- und Romavverbänden.

Dabei sind – nicht immer die kargen kommunalen Kassen der Gemeinden, Städte und Länder – die Schwierigkeit, sondern der generelle Mangel an ErzieherInnen, LehrerInnen und SozialarbeiterInnen, die zudem noch multi-kulturell und mehrsprachige Fähigkeiten ausweisen sollten. Mit anderen Worten, es mangelt an Kompetenzen in interkultureller Kommunikation bzw. interkulturellem Hintergrundwissen. Für Österreich fehlen Fachstandards in Verbindung mit tariflicher Fachkräfteförderung (vgl. Fachkräfteaustausch AGJF Sachsen mit Wien am 24.04.16 in Dresden). In Baden-Württemberg soll in Zukunft die Fremdsprachförderung an Grundschulen auf Grund von Lehrermangel später beginnen (vgl. Stuttgarter Zeitung: Grundschüler sollen Fremdsprachen später lernen. - 20.04.17 - [http://www.stuttgarter-zeitung.de/in-](http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.baden-wuerttemberg-spaeterer-)

fremdsprachenunterricht-wegen-lehrermangels.4b1a7051-c49c-4e5b-99b0-7f0e068acb80.html). Deutlich wird, dass zu wenig qualifiziertes Personal mit Einblick in die Lebenswelten benachteiligter Anspruchsgruppen vorhanden ist.

So ziehen sich oft Politik und Verantwortliche auf die "Vogel-Strauß-Methode" zurück. Entweder man tut so, als ob es die Problematik nicht wirklich gäbe, sie überraschend aufträte oder man reagiert eben mit Verboten. So ist in vielen Städten und seit Langem bspw. das Betteln mit Hunden oder aggressives Betteln verboten. Ein Bettelverbot von/mit Kindern wird aktuell in Dresden diskutiert und in Städten wie Leipzig, Essen und Berlin bereits in der lokalen Polizeiverordnung verboten (vgl. Sächsische Zeitung: Bettelkinder werden als Werkzeuge missbraucht. - 20.04.17 - <http://www.sz->



Mobile Jugendarbeit - Das Busprojekt JUMBO der Treberhilfe Dresden e.V.

online.de/nachrichten/bettelkinder-werden-als-werkzeuge-missbraucht-3663242.html).

Was tun nun Wohnungslose, deren einziger Gefährte ihr Hund ist? Wo bringen sie diesen hin, wenn sie „auf Arbeit“ gehen? Was tun Familien aus Osteuropa, die auf eine „gebende Hand“ hoffen und auf diese angewiesen sind? Können sie ihre Kinder so einfach in Kindergärten, Tageseinrichtung oder in Schulen bringen? Vor allem wenn sie fahrend und nicht ortsansässig sind und/oder sein wollen bzw. auf Gelegenheitsjobs angewiesen sind? Würde wir ihnen genauso viel, wie den Kindern oder einem Menschen ohne Hund gegeben? Ist Straßenmusik erlaubt, gewollt und hellt das bunte Stadtleben auf oder wird es geduldet und erscheint den Ladenbesitzern als hinderlich?



kleiner Spielebus der Treberhilfe Dresden e.V.

Natürlich stellen wir als StreetworkerInnen, auch Stress in der Straßenszene fest. Ungehemmter und unregelmäßiger Zuzug in gewisse Städte und Stadtteile, Straßengewalt oder Konkurrenzkampf im Schnorren-, Drogen- oder Prostitutionsmilieu.

Dennoch: Forderungen bleiben „abstrakt“, wenn sie sich an (Zielgruppen-) Überwachung oder Verbote klammern. Auch wenn kurzfristige Erfolge verkündet werden, reisen die Probleme meist weiter, in einen anderen Ortsteil, eine andere Stadt oder in ein anderes Land. Gerne wird Verantwortung an entferntere Körperschaften verwiesen, vom Stadtteil zur Kommune, an die Länder, den Bund oder an die Europäische Union. Generell erscheint die Thematik und Problematik sowie deren „gefühlte“ Zunahme von Kinderarbeit (in versteckter Form) unterbelichtet zu sein. Es wird ausgeklammert, dass wenn Betteln kriminalisiert wird, Familien, die keine anderen Möglichkeiten sehen, zu weiteren illegitimen Mitteln des Gelderwerbs greifen (müssen). Ausbeuterische Kinderarbeit auf dem Weltmarkt, Armut in Osteuropa und auf anderen Kontinenten treiben Men-

schon nach Deutschland und Österreich und somit auch Kinder, die bereits dort schon zu „arbeitenden Kindern“ wurden, die Arbeit und nicht die Schule kennen.

Ausgrenzung und Verfolgung von bestimmten Ethnien stigmatisieren diese Menschen und drängen sie

weiter in bestimmte und illegitime „Berufsrichtungen“, so auch in die Bettelei. Wird diese verboten bleiben weitere illegale oder illegitime Tätigkeiten, wie Straßenmusik, -theater, aber eben auch Diebstahl, Raub, Einbrüche, Drogenverkauf, Straßengewalt und schließlich Prostitution. Hier sind Hilfsprogramme dringend und seit langem angezeigt, erzieherische, schulische und sozialpädagogische Unterstützung längst von Nöten, denn dass es Roma und Sinti anderswo und vor allem in Osteuropa noch schlechter geht, wissen wir.

„Der Roma macht Angst“, weiß Andre Glucksmann. „Er ist uns ein Abbild des Entwurzeltheits. Die Furcht vor den Roma ist nur die uneingestandene Angst vor uns selbst.“ Als ich nach dem Besuch bei Eginald Schlattner nachts mein Hotel in Hermannstadt aufsuchte, kam eine junge Zigeunerin auf mich zu. Sie mag fünfundsiebenzig gewesen sein. In gebrochenem Deutsch und mit aggressiver Hartnäckigkeit bot sie mir „zwei Mädchen“ an. „Kannst du aussuchen. Eine blond, eine schwarz, beide süß. Ganz lieb.“ In diesem Moment hätte Andre Glucksmann begreifen können, dass es nicht nur eine Furcht vor, sondern auch eine Furcht um die Roma gibt. Um ein Volk, das keine Gadche mehr braucht, um den Traum von ziganer Freiheit zu zerstören. (Look & See Galary – Rolf Bauerdick: Wenn Gadgeschke den Roma eine Stimme geben. - 25.01.15 - <http://rolfbauerdick.de/wenn-gadgeschke-den-roma-eine-stimme-geben>)

Vielleicht bemühen wir nochmals unsere eigene Geschichte, die uns ständig vor Augen führen sollte, wohin uns Vorurteile, Lieblosigkeit und Ausgrenzung führen können, nämlich weit über die Grenzen unserer Mit-Menschlichkeit hinaus. Roma und Sinti sind in Deutschland und zudem Lovara in Österreich anerkannte Minderheiten und dies ist gut so. Sie haben Rechte. Andere Gruppen, wie die Jenischen sind in der Schweiz, aber nicht in Deutschland

und Österreich anerkannt. Europäischen Schutz bietet die Charta der Regional- und Minderheitensprachen, ein erster Schritt zu kulturellem und ethnischem Bewusstsein und Anerkennung.

Armut zwingt Menschen und deren Kinder zum Betteln, in die Kinderarbeit, leichter in Prostitution, Drogen- und Alkoholkonsum und schließlich in die Hoffnungslosigkeit. Nicht die Armen sollten wegen ihrer Armut beschämt und bestraft, sondern gefördert werden, eben weil Ausgrenzung weiter Ausgrenzung und Randgruppen produziert. Freiheit und Fürsorglichkeit jedoch fördern Vielfaltigkeit und Buntheit, auch und gerade im Straßenleben unserer Städte. In Demokratien ist Anderssein erlaubt und erwünscht, bereichert Gemeinwesen und soll(te) bedingungslos gefördert werden.

Gerade für besondere Szenen und AdressatInnen gibt es den Beruf und den Arbeitsansatz der Straßensozialarbeit, um eben diese Menschen aufzusuchen, anzusprechen und mit ihnen Veränderungswünsche ins Gemeinwesen hineinzutragen. Die Kultur der Roma und Sinti, der Lovara, Jenischen und Manusch haben immer schon Europa bereichert und mit geprägt. Fahrende trugen Nachrichten, Wissen, Musik, Künste oder Kuriositäten und so das Abenteuer, Unterhaltung und Neues in die Stadt.

Wir wollen nicht verschweigen, dass auch für uns, als StreetworkerInnen, ein „Ran-kommen“ allg. an Straßen-Gruppen, an z.T. delinquent Handelnde und somit bestimmte Szenen schwierig bleibt. Vor allem, wenn Verbote, überwachte Plätze und somit Vertreibung und „Zcero Tolerance“ ausgeübt wird und Kontaktaufnahmen erschweren. Kontakt und Vertrauen muss aufgebaut werden. Akzeptierende Straßensozialpädagogik bietet somit als erste Kontaktmöglichkeit Toleranz, Verständnis, Lösungsansätze durch sog. Überlebens-Hilfen, also Grundversorgung an.

In Dresden etablierte sich die Initiative „Ich verschenke meinen Schlafsack“. In Essen gibt es ein aktives „Essen packt an“ und „Warm durch die Nacht“. Es etabliert sich ehrenamtliches Bürgerengagement, gerade in diesen Städten in denen es „Bettelverbote“ bzw. Diskussionen darüber gibt. Die Verteilung von Hilfsgütern lindert somit erste Not. Helfende kümmern sich um Leid und leisten zum Teil erste „Gesundheitsfürsorge“ und Versorgung. Dabei kann es auch vorkommen, dass die verschenkte Kleidung weiter veräußert wird. Hier entwickeln wir die Haltung der Gelassenheit, denn dieses Verhalten macht Sinn und es bleibt somit eine Alternative als (halb-)legale Form des selbständigen Broterwerbs. Aber: Oft erfährt ehrenamtliche Beratung und Begleitung professionelle Grenzen und benötigt sozialpädagogische Reflexion.

Darüber hinaus wären Kinder-Tages-Gruppen, Schulzugänge für „Fahrende“ oder „Kirmeskinder“ hilfreich, wie dies der „Roma-Verein Sachsen (Romano Sumnal)“ vorschlägt, denn diese Angebote würden sich auf die AdressatInnen-Gruppen einstellen. Kinder würden andere Kinder in der ähnlichen Situation kennen lernen und zudem die Landessprache erlernen. Sie könn(t)en wieder nach ihrem Entwicklungstempo ihre und unsere Kultur verändern und Altes und Neues zusammenbringen.

Das ist natürlich eine Vision aus sozialpädagogischer Sicht, Sozialromantik? Jedenfalls arbeitet aufsuchende Soziale Arbeit mit den Menschen und eben nicht mit hilflosen Verboten und abwertenden Erziehungsstrategien. Ausgrenzung fördert und bildet Randgruppen und sorgt für ansteigendes auffallendes Verhalten. Soziale Arbeit verfolgt das Ziel des Diversity. Integration würdigt und beachtet fremde Kulturen. Erkennt Fähigkeiten und Stärken und arbeitet über Aktionen im Gemeinwesen. Begegnung schafft somit Verständnis und Kultursensibilität.

Was u.E. gerade heute als gesamtgesellschaftlicher Auftrag Sozialer Arbeit im Gemeinwesen notwendiger denn je ist.

Aus diesen Gründen organisieren wir Anlaufstellen, Kälteschutz oder Kältebus, Street Store, (Wohnungslosen-)Fußballturniere und bieten Aktionen gemeinsam mit ehrenamtlich Helfenden an oder beteiligen uns an „interkulturellen Festivals und Tagen“. Begegnung sorgt für Verständnis durch aktive Hilfe und Beteiligung.

Sprechen Sie mit unseren StraßensozialarbeiterInnen vor Ort oder mit den jeweiligen Landes- und Bundesorganisationen und wir finden Lösungen mit den Menschen, mit dem Gemeinwesen und in ihrer Stadt.

Helmut Steinkeller (Jugendarbeiter & Pädagoge, Leiter jugendstreetwork Graz & Delegierter im Dynamo International - internationales Netzwerk für Straßen-/Jugendsozialarbeit)

Dieter Wolfer (Streetwork & Geschäftsführer Treberhilfe Dresden e.V. & Pressespreche LAK MJA Sachsen, Vorstand im Bündnis für Straßenkinder & Beisitzer in der BAG Streetwork)

Mit Unterstützung der Dachverbände ...

- LAK - Landesarbeitskreis Mobile Jugendarbeit Sachsen e.V.
- BAG - Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork Deutschland e.V.
- BfSK - Bündnis für Straßenkinder in Deutschland e.V.
- Dynamo international - internationales Netzwerk für Straßen-/Jugendsozialarbeit